

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Soden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto:
Gebr. Arnhold, Dresden
und Sächs. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Frachtkosten mit den wöchentlichen Beilagen
"Koch der Arbeit" und "Volk und Welt" für einen halben Monat 1 M.
Eingelassener 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreibstube: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10.
Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareilzeile
30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mitgefuche
40 Proz. Rabatt. Für Briefmarkenbelegung 10 Pf.

Nr. 106

Dresden, Freitag den 8. Mai 1925

36. Jahrg.

Die neue Türkei

Von Hermann Wendel

Kurdenaufstand und Kabinettswechsel haben unlängst die Aufmerksamkeit wieder einmal auf die neue Türkei gelenkt, die gemeinlich noch weniger bekannt ist als das alte Osmanenreich ungeliebter Andentens. Gaben die Franzosen schon eine ziemlich reichhaltige Literatur über Angora, so sind bei uns die unterrichtenden Schriften über Kemal-Pascha's Reich bis jetzt dünn geblieben und zwei vor kurzem erschienene Werke kamen wirklich zurecht, eine empfindliche Lücke auszufüllen. Leider enthält das eine, "Die türkische Republik in Wirtschaft und Aufbau" (Schriften des Reichsanwalts Frankfurt a. M.), herausgegeben von Philipp Mühl, Sekretär der Türkisch-Deutschen Handelskammer und gutem Orientkenner, nur eine Reihe an sich nicht wertvoller Abhandlungen türkischer Verfasser über Zolltarif, Wälsstesen, Finanzwirtschaft, Baumwollkultur, Tabakbau und andre Wirtschaftszweige Anatoliens, ohne daß sich die einzelnen Beiträge zu einem eindrucksvollen Gesamtbild rundeten. Und wenn im zweiten Buch "Angora-Konstantinopel, Kämpfende Gewalten" (Frankfurter Societätsdruckerei, G. m. b. H., Frankfurt a. M.) Dr.-Ing. Karl Klinghardt vom "demokratischen Geist" im Vordergrund der alten Türkei steht und die großartig planmäßigen Armenierschlachtorenen zu beschönigen unternimmt, weckt seine Vereingommenheit auch starke Bedenken gegen das, was er an der Hand eigener Erfahrungen über die neue Türkei zu sagen hat. Gut arbeitet er als Wesenszug der türkischen Erneuerung die Eiferfucht und Zähigkeit heraus, mit der in Angora fremder Einfluß die Tür gesperrt wurde; Fort mit den Kapitulationen und Konzeptionen! war der Schlußsatz schlechthin, und durch den Frieden von Lausanne im August 1923 atmte die Türkei zum erstenmal seit Jahr und Tag die Luft der Selbstständigkeit. Auch die Abkehr von Konstantinopel, das immer unter den Kanonen und dem Druck der europäischen Großmächte lag und liegt, die Befestigung des Sultanats und die Abschaffung des Kalifats, die beide ausländischen Kräften eine Einwirkung auf das innere Leben des türkischen Volkes gestatteten, und die nicht sanfte Waffenstreichung der Armenier und Griechen entpanden dieser oft überpaunten nationalen Selbstbestimmung. Aber wenn Klinghardt als Kemal's Ziel "die Anpassung des Türkenlandes mit all seinen überholten Verwaltungs- und Lebensformen an die Erfordernisse der neuen Zeit" nennt, geißelt seine Darlegung deren Bildungs- und Wirtschaftserneuerung nicht zur letzten Arbeit, weil ihm der Blick für die soziale Anatomie eines Volkes fehlt und er im Grunde nur die Handvoll Reformen sieht.

Dabei könnte eine feiner Bemerkungen über das Parlament von Angora: "Mehr als eigentliche Parteigruppierungen scheinen Gruppierungen um Führernaturen herum sich auszusprechen", Anknüpfungspunkt für fruchtbare Betrachtungen sein. Der Mangel an festumrissenen politischen Parteien ist nämlich dem parlamentarischen Leben aller ökonomisch und sozial unentwickelten, ganz oder halb asiatischen Völker gemeinsam; auch in Albanien gruppieren sich Parteien um "Führernaturen". In der Tat steht die neue Türkei auf der Stufenfolge der gesellschaftlichen Entfaltung vorläufig noch tiefer als das alte Osmanenreich, denn sie hat sich auf seinen von europäischen Fortschritt am wenigsten berührten Teil Anatolien wie auf eine unzugängliche Bergfestung zurückgezogen. Ein Land, das, ob fünf, ob noch amlich optimistischer Schätzung neunmahl Millionen Einwohner zählend, dünn bevölkert ist, das fruchtbare Striche aufweist, aber die Landwirtschaft wie in der Urwälder Tagen betreibt und weite Strecken Brachland kennt, das des Großgewerbes ermangelt, der Verkehrsweg entbehrt und auch in seinen Städten einen dörflichen Eindruck hinterläßt, das ist die anatolische Welt, in die sich Kemal-Pascha hineingestellt sieht, nicht als schöpferischer Geist und Beginner von eigenen Gnaden, sondern als Enkel und Erbe jener Reformulthane, die seit Ende des achtzehnten Jahrhunderts ihr Reich dem Abendland anzunähern suchten, und als unmittelbarer Fortsetzer der jungtürkischen Bestrebungen. Auch an ihn erging so wenig wie an seine Vorgänger aus den Volksmassen ein Ruf zu seinem Werk: Anatolien lag unbewegt und starr, als er, klassischer Vertreter des aufgeklärten Despotismus, seine Reformen begann, die zum Teil wie die Entthronung der Geistlichkeit und die Entschleierung der Frau in der islamischen Welt revolutionär wirkten. Keine freundige Zustimmung schallte zu seiner einlamen Höhe empor, denn es fehlte der Türkei durchaus jene Gesellschafts Klasse, die die Spitze seines Tuns werden konnte. Ein Bürgertum im Sinne einer modernen Bourgeoisie gibt es nicht, da das, was an schlichteren industriellen Anlagen bestand, vorwiegend in den Händen der ausgetriebenen Armenier und Griechen lag. Die Völkervernichtung dämmert noch im Stumpfsinn vergangener Jahrhunderte dahin; nach seiner Meinung über die Abschaffung des Kalifats betraut, zuckt der Landmann mit tödlicher Gleichgültigkeit die Achseln: "Wir wünschen nur, daß der Rauch von unserm Herdfeuer unbehindert emporsteige". Arbeiter endlich finden sich fast nur in der Form jener Leppichführer von Prussia, die sechzigtausend an der Zahl, für unglücklich mühselige Seinarbeit mit einem Wetteilfennig von durchschnittlich hundert Mark im Jahr abgepeist werden, und allenthalben noch sind die Arbeiter mit den Meistern des

gleichen Gewerbes in den Rahmen der altüberlieferten Fachverbände gepreßt.

Wie denn die jungtürkische Revolution von 1908, ohne Antrieb aus, ohne Rückhalt in den Massen, eine reine Offiziersrevolte war, so stehen fast durchweg hohe Militärs an der Spitze der Reformbewegung von heute. Der Präsident der Republik Kemal-Pascha — General, alle Ministerpräsidenten, bisher Reuf-Beg, Fethi-Beg, Ismet-Pascha — Generalstabler, alle Minister des Innern Refet-Pascha, Ferid-Beg, Reuf-Beg — Offiziere, der Parlamentspräsident Kiamil-Pascha — alter Militär, viele Abgeordnete — aktive Mitglieder des Offizierskorps! Was diese Schicht an teils fähigen Reformen ausgeheckt und angepackt hat, wußte an die Volksmassen nicht zu rühren. Die drückende und sinnwidrige Zehntsteuer, 12½ vom Hundert des Ernteertrages, die, durch Pächter eingetrieben, unerträglich schwer auf dem Rücken des Bauern lastete, wurde zwar im September 1924 — auf dem Papier! — abgeschafft, aber die brennend wichtige Agrarfrage sonst ist eine sehr nebensächliche Sorge der Herren am Ruder. Noch einer sozialen Gesegegebung für die Arbeiter, dem Achtstundentag etwa, fragt man in der Republik Kemal's vergeblich, die hoch eine Industrie großzuchtigen will, und das Koalitionsrecht verweigert sie ihnen auch.

Alle politische Entwicklung im Lande ist denn nur eine Auseinanderhebung innerhalb der dünnen militärischen Führerschicht. Aus Kemal's feineswegs einseitlicher "Republikanischer Volkspartei" schlugen sich nicht aus politischen, sondern aus persönlichen Gründen einige Paschas und Begs wie Nazim Karabekir, Ali Fuad, Reuf und Refet beiseite und schufen die "Republikanische Fortschrittspartei", die jener wie ein Ei dem andern gleicht, nur daß sie eben gegen den Präsidenten und seine Leute Opposition macht. Diese bisher trennenden Anhänger Kemal's und der Reformen brachten es fertig, sich mit all den reaktionären, asiatisch verfeinerten,

allen Strohmännern unter eine Decke zu stecken, denen, der gesamten Pfaffenchaft vorneweg, die Abschaffung des Kalifats als Frevel am Heiligsten erscheint, und ihre Macht in der Kammer wuchs so bedrohlich, daß Ismet-Pascha, um nicht überflügelt zu werden, der Ministerpräsidentenschaft entsagte. Aber der ihn ersetzende Fethi-Beg, ein Mann der milderen formalistischen Tonart, war kaum auf seinem Platz warm geworden, als ein neues Menetekel für die neue Türkei, der Kurdenaufstand losbrach. Die Kurden in Asien sind dasselbe wie die Albanier in Europa. Auch sie leben, in die Stammesverfassung eingekapselt, in Bedingungen der Vorzeit, schleppen den rückwärtslosten Feudalismus mit, hüten eiferfüchtig ihre walduersprüngliche Freiheit gegen jeden Eingriff des Staates, und auch bei ihnen gab es, obwohl sie ebenfalls der gemeinsamen Umgang- und Schriftsprache ermangeln, seit Beginn des Jahrhunderts in der ausländischen Emigration eine schwache und hilfliche Nationalbewegung mit dem erst in Ägypten, dann in Genf erscheinenden Blatt "Kurdistani". Ihre Erhebung aber ist statt einer nationalen Angelegenheit im Grunde eine Reaktion der Stämme und Gtäpplinge gegen den Versuch Angoras, seine Oberherrlichkeit nicht nur auf dem Papier über diese Halbwildnis zu erstrecken, es ist ein Kuffand des Mittelalters gegen die neuere Zeit.

Aber auch die feudal-kerifale Opposition gegen Kemal hatte ihre Hand im Spiel, denn der Führer der Kurden, Scheich Said, entrollte das geistliche Gezei des Islams, das Scheriat, als sein Panier. Trotz aller mühsam erzwungenen Selbstständigkeit der neuen Türkei fehlte auch die Einwirkung des imperialistischen Europas nicht. Als Ismet-Pascha von Fethi-Beg ersetzt wurde, ging die Rede, daß damit ein Englandsfreund einem Franzosenfreund weiche, denn bei dem Weltkauf um große Wirtschaftskonzessionen in Angora ist neuerdings Frankreich Trumpf. Dafür gilt England, das schon auf den Friedenskonferenzen ein autonomes

Die Besteuerung der Inflationgewinne

SPD. Der Aufwertungsausschuß des Reichstages sah am Donnerstag die Beratung des sozialdemokratischen Antrages fort, der zur Beschaffung von Mitteln für die Aufwertung öffentlicher Anleihen eine Sonderbesteuerung der Vermögen verlangt, die bei Kriegsbeginn neu entstanden sind, einen Zuwachs erfahren oder sich nicht wesentlich vermindert haben. Aus dem gleichen Grunde soll nach dem Antrage der Gewinn aus Grundstückerhöhungen besteuert werden.

In seiner letzten Sitzung vor Ostern hatte der Ausschuß die Abstimmung über diesen Antrag zurückgestellt und zunächst von der Regierung eine Denkschrift über die Besteuerung der Inflationsgewinne verlangt. Diese Denkschrift ist inzwischen eingegangen. Sie lehnt, wie bekannt, die Besteuerung der Kriegsgewinne ab und weicht der Frage einer Sonderbesteuerung der erhaltenen, neu entstandenen und gewachsenen Vermögen aus. Genosse Reil erklärte in der Donnerstagssitzung des Ausschusses, daß die Denkschrift der Regierung nicht geeignet sei, die Ueberzeugung der Sozialdemokratie von der Notwendigkeit der geforderten Sondersteuer zu erfüllen. Es müsse sofort ein Beschluß gefaßt und die Vorlage dem Reichstag eingebracht werden, um sie gleichzeitig mit den Aufwertungsgesetzen verabschieden zu können. Der Vertreter der Demokraten, Freiherr von Richthofen, schloß sich dieser Forderung an, während von den Deutschnationalen und von der Deutschen Volkspartei formelle Einwände erhoben wurden, da die Regierungsdienkschrift dem Steueraussschuß, nicht aber dem Aufwertungsausschuß, überwiesen worden sei. Der Vertreter des Zentrums, Abg. Schetter, unterläßt zwar die formellen Einwendungen der Rechtsparteien, nahm aber sachlich gegen die Denkschrift der Regierung Stellung. Abg. Jörgensen (Wirtsch. Bg.) schloß sich den Rechtsparteien an und beantragte mit deren Unterstützung, eine gemeinsame Sitzung mit dem Steueraussschuß abzuhalten und dort über die Denkschrift und den sozialdemokratischen Antrag zu beraten. Genosse Reil wandte sich sehr scharf gegen die Verschleppungsmanöver der Deutschnationalen und ihres Anhangs. Die Denkschrift sei zwar verheißentlich dem Steueraussschuß überwiesen worden, der Zusammenhang zwischen der verlangten Sondersteuer und der Aufwertungsfrage liege aber klar auf der Hand. Der sozialdemokratische Antrag wolle nichts anderes als die für die Aufwertung notwendigen Mittel beschaffen. Es dürfe keine Stunde verfließen, wenn die verarmten Anleihenbesitzer warten auf die Hilfe der Gesetzgebung. Wer von Ethik, Sittengesetzen, Treu und Glauben spreche, die bei der Aufwertung gehöhrt werden müssen, dürfe die Entscheidung nicht weiter verschleppen.

Trotz allen Winkelzügen gelang es den Rechtsparteien nicht, ihre Verschleppungsmanöver durchzuführen. Ein Antrag der Kommunisten auf Vorlegung des gewünschten Gesetzentwurfs innerhalb vier Wochen wurde Sensa wie der Verschleppungsantrag der Deutschnationalen abgelehnt. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und der Abg. Koh (Zentr.) und West (Dnat. Bg.) wurde der sozialdemokratische Antrag angenommen. Der Versuch des Ausschußvorsitzenden Dr. Steininger, nach dieser Entscheidung

doch noch eine gemeinsame Beratung mit dem Steueraussschuß herbeizuführen, blieb bei dem Ausschluß auf Widerstand, so daß der Ausschlußbeschluß nunmehr direkt dem Plenum unterbreitet wird.

Eine neue „liberale“ Partei?

Aus Berlin wird uns berichtet:
Am Freitag nachmittag wird im Preussischen Landtag die Entscheidung darüber gefaßt werden, ob das preussische Volk Mitte Juni zur Wahlurne schreiten und ein Urteil über die verdrätsliche Handlungsweise der Rechtsparteien abgeben soll. Vor diesem Urteil fürchten sich sowohl die Deutschnationalen wie die Volksparteier. Würde es anders, dann hätten sie die achtzigste Frist vor der Abstimmung nicht zu einem geschmacklosen Aufheben benutzt, dessen Sinn die Befürchtung von Neuwahlen in Preußen war. Sie reden fortgesetzt von Klarheit, aber in Wirklichkeit ist ihr Wille, jene Klarheit, die der preussische Ministerpräsident Braun im Interesse des Landes jetzt unter allen Umständen schaffen will, zu hinterreiben und an die Stelle einer starken Regierung ein unfähiges Beamtenkabinet zu setzen. Wir sind überzeugt, daß die Rechte ihre Zutrigen bis zum letzten Augenblick fortsetzen wird, aber wir glauben ebenso auch an die Entschlossenheit des preussischen Ministerpräsidenten, dem Theaterspiel endlich ein Ende zu machen.

„Vertrauen oder Auflösung“, bleibt weiterhin die Parole der Regierungsparteien. Es gibt nur das eine oder andere: Würde es nicht so, dann würde in absehbarer Zeit doch der Augenblick kommen, wo jene Klarheit, die jetzt verhindert werden soll, endgültig herbeigeführt werden muß. Wenn nicht alle Angelegenheiten tragen, ist man eben im Begriff,

eine neue Partei zu schaffen
und so das Durcheinander noch mehr zu vergrößern. Es verlaunet sogar, daß der Rufus dieser neuen Partei bereits fertiggestellt ist und in den nächsten Tagen erscheinen wird. Dieses Parteigebilde dürfte in erster Linie aus einem Dänflein unzufriedener Wahlkriker bestehen, die entweder der Demokratischen Partei oder der Deutschen Volkspartei den Rücken zu kehren gedenken. Den einen steht die Demokratische Partei zu weit links und den anderen die Volkspartei zu weit rechts. Alles in allem soll dieser Inaufriedenheit durch die Gründung einer „Liberale Volkspartei“ Ausdruck gegeben werden, der neben Herrn Fischel aus der Demokratischen Partei bekannte Persönlichkeiten der Volkspartei angehören dürften.

Wir sind überzeugt, daß diese neueste der deutschen Parteien die Intelligenz des Volkes doch etwas zu sehr unterschätzt und an große Erfolge kaum zu hoffen braucht. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß durch die Neugründung die jetzt schon bestehende Konfusion in den Parlamenten vergrößert wird. Je rascher in dieser Situation zur Klärung geschritten wird, desto besser ist es.

Das Zentrum bleibt fest

Berlin, 8. Mai. Das Zentrumsorgan Germania schreibt: Heute fällt die Entscheidung über das Kabinet Braun und über das Schicksal des Preussischen Landtages. Verjaßt dieser dem Kabinet das Vertrauen, so wird die Auflösung automatisch erfolgen. In dieser Frage gibt es unter den Koalitionsparteien keine verschiedene Auffassung. Auch die Zentrumspartei steht in dieser Frage geschlossen und einzig da. Das Blatt bezeichnet als Vorbedingung für weitere Verhandlungen zur Verdrätsierung der parlamentarischen Verhältnisse zunächst einmal die Loslösung des Kabinet Braun seit im Saletz sbe. Erst dann sei die Möglichkeit einer bauershaften Lösung gegeben.